

II-762 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 466 /J

1991-02-15

ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler und FreundInnen  
an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

betreffend Ablagerung radioaktiver Stoffe von der Firma Almetta

Im Sommer 1990 wurde von der Firma Almetta sog. "Aluschrott" importiert. Teile dieser Fraktion waren radioaktiv verstrahlt und wurden nach Italien exportiert. Reste dieser Fraktion verblieben aber auch in Österreich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz folgende

ANFRAGE

- 1) Wie hoch ist der Anteil der in Österreich verbliebenen radioaktiv belasteten Fraktion?
- 2) Was passierte mit den restlichen in Österreich verbliebenen Teilen?
- 3) Es wurden im Sommer 1990 diesbezüglich Messungen von der Bezirkshauptmannschaft angeordnet; kann sichergestellt werden, daß eine Gesundheitsgefährdung der Arbeitnehmer und der Bevölkerung ausgeschlossen ist?
- 4) Welche Maßnahmen sind seitens des Ministeriums hinsichtlich einer sicheren Entsorgung dieser Abfälle geplant?
- 5) Können Sie sicherstellen, daß es während dieser Legislaturperiode zu keinen Importen bzw Exporten von radioaktiv belasteten Materialien kommen wird.
- 6) Wie wir von ungarischer Seite erfahren haben hat sich eine ungarische Handelsfirma angeboten die Fässer österreichischen Atommülls zu übernehmen. Lobenswerterweise wurde dies vom Ministerbüro Ettl abgelehnt!  
Um welche ungarische Handelsfirma handelt es sich dabei?

II-1960 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 14. Mai 1991 No. 466-NR/1991

**A N F R A G E**

der Abgeordneten Dipl.Soz.Arb. Srb und FreundInnen

an den Präsident des Nationalrates

betreffend die Einstellung von behinderten Menschen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz in Ihrem Bereich

Das Behinderteneinstellungsgesetz sieht u.a. vor, daß alle Dienstgeber, die 25 oder mehr Dienstnehmer beschäftigen, verpflichtet sind, auf je 25 Dienstnehmer mindestens 1 begünstigten Behinderten einzustellen. Gerade die öffentlichen Dienststellen gehen jedoch - zum großen Ärger der davon betroffenen behinderten Menschen - trotz ihrer zweifelsohne vorhandenen Vorbildwirkung nicht mit gutem Beispiel voran, sondern kommen zumeist in einem erschreckend hohen Ausmaß ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Einstellungspflicht nicht nach. Dies ist auch eine der Ursachen für die hohe Arbeitslosenrate behinderter Menschen.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an Sie folgende

**A N F R A G E**

- 1) Wie hoch ist die Pflichtzahl für den Bereich des Nationalrates für 1991?
- 2) Wie hoch ist die Anzahl der tatsächlich besetzten Pflichtstellen in dem unter Pkt. 1 angeführten Bereich im Kalenderjahr 1991?
- 3) Wie hoch ist die Anzahl der offenen Pflichtstellen in Ihrem Bereich für 1991?
- 4) Wie hoch war die Ausgleichsabgabe, die für den Bereich des Nationalrates im Jahr 1990 an den Ausgleichstaxfonds geleistet werden mußte?
- 5) Sind Sie als der für den Nationalrat politisch Verantwortliche grundsätzlich bereit, sich verstärkt für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen in Ihrem Bereich einzusetzen?

Wenn nein, warum nicht?

- 6) Welche konkreten Maßnahmen haben Sie in dieser Causa im vergangenen Jahr gesetzt?
- 7) Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in dieser Causa setzen?
- 8) Wann werden Sie diese konkreten Maßnahmen setzen?